

**Beschluss der BkBB vom 9. Dezember 2008  
zur Besoldungsrunde für Länder und Kommunen 2009**

**Für eine deutliche Anhebung der Besoldung in den  
Ländern und Kommunen  
- Zeit- und inhaltsgleiche Übertragung des  
Tarifergebnisses auf die Beamtinnen und Beamten -**

Die Bundeskommission für Beamtinnen und Beamte des DGB hat beschlossen:

Am 9. Dezember 2008 haben die DGB-Gewerkschaften des öffentlichen Dienstes ihre Forderungen für die Tarifrunde 2009 mit den Ländern beschlossen. Der DGB begrüßt und unterstützt diese Forderung. Für die Beamtinnen und Beamten, Richterinnen und Richter, die Versorgungsempfängerinnen und -empfänger sowie die Anwärterinnen, Anwärter, Referendarinnen und Referendare der Länder und ihrer Kommunen schließt sich der DGB dieser Entscheidung an und fordert:

- **Erhöhung der Grundgehälter, des Familienzuschlags, der Amtszulagen und der allgemeinen Stellenzulage für Beamtinnen und Beamte, Richterinnen und Richter, Versorgungsempfängerinnen und -empfänger der Länder und ihrer Kommunen um 8 Prozent, mindestens aber um 200 Euro.**
- **Erhöhung des Anwärtergrundbetrages für die Anwärterinnen und Anwärter sowie die Referendarinnen und Referendare der Länder und ihrer Kommunen um 120 Euro.**

Der DGB fordert außerdem die Übernahme aller ausgebildeten Anwärterinnen und Anwärter, Referendarinnen Referendare sowie der Ausgebildeten in einem öffentlich-rechtlichen Ausbildungsverhältnis, um gerade jungen Menschen eine berufliche Perspektive zu eröffnen.

Der DGB und seine Mitgliedsgewerkschaften fordern die Beamtinnen und Beamten auf, die Tarifrunde aktiv zu begleiten und sich für die gemeinsamen Interessen der Beschäftigten im öffentlichen Dienst einzusetzen.

Der DGB erwartet von den Regierungen der Länder zu Beginn der Tarifverhandlungen eine verbindliche Erklärung darüber, dass nach Abschluss der Tarifverhandlungen das Ergebnis zeit- und inhaltsgleich auf die Besoldung übertragen wird.

